

Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen!

*Ein Offener Brief von **Jannik Rubeck***

Nach dem historischen Absturz der Berliner SPD geht es nicht mehr um die Frage, ob **Raed Saleh** persönlich noch genügend Macht besitzt, um Fraktionsvorsitzender zu bleiben, sondern darum, wie lange eine Partei ihren eigenen Niedergang noch verwalten will, bevor diejenigen Konsequenzen ziehen, die seit Jahren an ihrer Spitze stehen.

Berlin hat gewählt, die politischen Kräfteverhältnisse dieser Stadt haben sich fundamental verschoben, die Linke ist eindeutig stärkste Kraft geworden und **Elif Eralp** steht nach diesem Wahlerfolg vor der realistischen Möglichkeit, die nächste Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden, während ausgerechnet jene Partei, die diese Stadt über Jahrzehnte geprägt, zahlreiche Regierende Bürgermeister gestellt und sich lange beinahe selbstverständlich als eine der bestimmenden politischen Kräfte der Hauptstadt verstanden hat, vor einem historischen Scherbenhaufen steht.

Für die Berliner SPD ist dieses Ergebnis nicht einfach eine weitere Niederlage, die man einige Tage lang analysiert, anschließend auf schwierige bundespolitische Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Veränderungen oder einen misslungenen Wahlkampf zurückführt und schließlich mit denselben Personen, denselben Strukturen und denselben Machtzentren abhakt, sondern ein politischer Einschnitt, nach dem sich zwingend die Frage nach persönlicher Verantwortung stellen muss.

Und diese Frage führt unmittelbar zu Ihnen, Herr Saleh.

Denn während Vorsitzende kamen und gingen, Regierende Bürgermeister wechselten, Landesvorstände neu gewählt wurden, Spitzenkandidaten aufgebaut und wieder ausgetauscht wurden und die Berliner SPD Wahl für Wahl an Zustimmung verlor, gab es über all diese Jahre eine bemerkenswerte personelle Konstante: **Raed Saleh** blieb.

Seit 2011 führen Sie die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, seit fünfzehn Jahren sitzen Sie damit an einer der wichtigsten Schaltstellen der Berliner Sozialdemokratie, und deshalb können Sie nach diesem historischen Absturz nicht ernsthaft so behandelt werden, als seien Sie lediglich ein Beobachter einer Entwicklung gewesen, mit deren Ursachen Sie selbst nichts zu tun hätten.

Sie haben diese Partei über Jahre entscheidend mitgeprägt, Sie haben politische Mehrheiten organisiert, parlamentarische Strategien mitbestimmt, Personal-

entscheidungen begleitet, innerparteiliche Bündnisse geschlossen und ein politisches Netzwerk aufgebaut, das Ihnen eine außergewöhnliche Kontinuität an der Spitze ermöglicht hat, während die Partei, deren Fraktion Sie führen, außerhalb ihrer eigenen Strukturen immer mehr Vertrauen verloren hat.

Genau deshalb, Herr Saleh, müssen Sie gehen.

Nicht, weil **Raed Saleh** allein für den Zustand der Berliner SPD verantwortlich wäre, denn eine solche Behauptung wäre journalistisch unseriös und politisch zu einfach, sondern weil jemand, der über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren einen derart erheblichen Einfluss auf eine Partei ausgeübt hat, Verantwortung nicht nur dann für sich beanspruchen kann, wenn Wahlen gewonnen, Koalitionen geschlossen oder politische Erfolge gefeiert werden, während Niederlagen plötzlich ausschließlich durch den Bund, die gesellschaftliche Stimmung, andere Führungspersonen oder ungünstige Rahmenbedingungen verursacht worden sein sollen.

Politische Macht und politische Verantwortung gehören zusammen, und wer das eine über fünfzehn Jahre für sich beansprucht, kann sich dem anderen nicht ausgerechnet dann entziehen, wenn die eigene Partei einen historischen Tiefpunkt erreicht.

Aus Kontinuität ist Erstarrung geworden

Fünfzehn Jahre an der Spitze einer Parlamentsfraktion sind in einer Demokratie eine außergewöhnlich lange Zeit, in der politische Generationen heranwachsen, Regierungen wechseln, gesellschaftliche Konflikte entstehen und wieder verschwinden und eine Partei mehr als genügend Gelegenheit erhält, sich programmatisch, personell und strategisch neu aufzustellen, weshalb die Dauer Ihrer Amtszeit allein noch kein Vorwurf sein kann, sehr wohl aber die Frage erlaubt sein muss, was aus dieser außergewöhnlichen Kontinuität politisch entstanden ist.

Wäre die Berliner SPD heute stärker, gesellschaftlich breiter verankert, programmatisch klarer, bei jungen Menschen erfolgreicher und insgesamt näher an einer politischen Mehrheit als zu Beginn Ihrer Amtszeit, könnte man Ihre lange Amtsdauer als Ausdruck erfolgreicher Führung betrachten, doch angesichts des tatsächlichen Zustands der Partei drängt sich eine völlig andere Bewertung auf.

Aus einem langjährigen Fraktionsvorsitz ist eine politische Ära geworden, während der die SPD immer weiter an gesellschaftlicher Bedeutung verloren hat. Und genau deshalb darf nach dieser Wahl nicht wieder nur darüber gesprochen werden, welche Strategie verändert, welcher Slogan ausgetauscht oder

welche Zielgruppe beim nächsten Wahlkampf besser angesprochen werden muss, während die entscheidenden Machtpositionen unangetastet bleiben.

Eine Partei kann nicht nach jeder Niederlage einen Neuanfang ankündigen und gleichzeitig dafür sorgen, dass diejenigen, die seit vielen Jahren ihre wichtigsten Machtpositionen besetzen, diesen Neuanfang anschließend selbst verwalten. Irgendwann verliert das Wort Erneuerung dadurch jede Glaubwürdigkeit.

Die Berliner SPD darf nicht mit Ihrem Machterhalt verwechselt werden

Es gehört zweifellos zu Ihren größten politischen Fähigkeiten, Herr Saleh, Mehrheiten innerhalb Ihrer eigenen Partei zu organisieren, Unterstützer zusammenzuhalten und auch schwierige innerparteiliche Situationen politisch zu überstehen, doch genau diese Fähigkeit muss nach dem Ergebnis dieser Wahl kritisch hinterfragt werden, wenn die Stabilität Ihrer persönlichen Machtposition über Jahre deutlich größer erscheint als die Stabilität der Partei bei den Wählerinnen und Wählern.

Denn innerparteiliche Mehrheiten sind keine gesellschaftlichen Mehrheiten.

Ein Politiker kann hervorragend darin sein, Delegierte, Fraktionsmitglieder und Unterstützer hinter sich zu versammeln und gleichzeitig erleben, dass die Partei außerhalb ihrer eigenen Funktionsstrukturen immer weniger Menschen erreicht, und genau dann wird aus erfolgreichem innerparteilichem Machtmanagement ein Problem, weil die Partei beginnt, ihre eigene Stabilität mit der Stabilität einzelner Funktionsträger zu verwechseln.

Die entscheidende Frage nach dieser Wahl darf deshalb nicht lauten, ob **Raed Saleh** noch genügend Stimmen innerhalb der SPD-Fraktion organisieren kann, um **Raed Saleh** erneut zum Fraktionsvorsitzenden wählen zu lassen, sondern ob es der Berliner SPD politisch überhaupt noch zu vermitteln ist, nach einem historischen Absturz erneut mit demselben Mann an einer ihrer wichtigsten Stellen weiterzumachen.

Sollten Sie trotz dieses Ergebnisses einfach im Amt bleiben, wäre die Botschaft verheerend, weil damit der Eindruck entstünde, dass innerhalb der Berliner SPD offenbar nahezu jedes Wahlergebnis möglich ist, ohne dass es an der Spitze tatsächliche Konsequenzen geben muss.

Die Machtstrukturen müssen endlich auf den Tisch

In meinem Buch „SPD – Der Fall der ältesten Partei Deutschlands?“ habe ich mich ausführlich mit den

innerparteilichen Strukturen, Netzwerken und Machtmechanismen innerhalb der Sozialdemokratie beschäftigt und dabei auch die politische Machtarchitektur um **Raed Saleh** untersucht.



Zu den dort dargestellten Recherchen gehören auch Vorwürfe und Schilderungen über das Verhältnis zwischen innerparteilicher Unterstützung, politischen Funktionen, Loyalitäten und Abstimmungsverhalten. Unabhängig von der Bewertung einzelner Vorgänge bleibt jedoch ein politisches Grundproblem bestehen, das die Berliner SPD endlich offen

diskutieren muss, denn wenn innerhalb einer Partei über Jahre der Eindruck entsteht, dass Netzwerke, Flügelzugehörigkeiten, persönliche Loyalitäten und die Organisation interner Mehrheiten einen größeren Stellenwert besitzen als die Frage, wie außerhalb des Willy-Brandt-Hauses und der eigenen Parteitage wieder gesellschaftliches Vertrauen gewonnen werden kann, dann hat diese Partei irgendwann möglicherweise hervorragend funktionierende Machtstrukturen, aber immer weniger Wähler.

Eine Partei kann jeden innerparteilichen Machtkampf gewinnen und trotzdem draußen bei den Menschen verlieren.

Genau darin liegt die bittere Ironie Ihrer politischen Ära, Herr Saleh. Sie haben offensichtlich gelernt, politische Macht innerhalb der Berliner SPD über einen außergewöhnlich langen Zeitraum zu behaupten, während die Berliner SPD gleichzeitig immer weniger politische Macht bei den Wählerinnen und Wählern besitzt.

Michael Müller zeigt, was diese Partei verloren hat

Der Umgang mit **Michael Müller** bei der Aufstellung der Berliner Landesliste zur Bundestagswahl 2025 ist deshalb nicht lediglich eine alte Personalgeschichte, sondern steht beispielhaft für die Frage, welche Prioritäten innerhalb dieser Partei gesetzt wurden, während ein ehemaliger Regierender Bürgermeister, ehemaliger SPD-Landesvorsitzender, Bundestagsabgeordneter und erfahrener Außenpolitiker keinen aussichtsreichen Listenplatz erhielt und infolgedessen seine Arbeit im Deutschen Bundestag nicht fortsetzen konnte.

Selbstverständlich wurde darüber demokratisch von Delegierten entschieden, doch ebenso selbstver-

ständig finden solche Abstimmungen nicht in einem machtpolitischen Vakuum statt, sondern innerhalb politischer Lager, Netzwerke, Bündnisse und organisierter Mehrheiten, weshalb die Verantwortung für eine politische Kultur niemals ausschließlich auf diejenigen reduziert werden kann, die am Ende auf einem Parteitag einen Stimmzettel ausfüllen. Rückblickend muss deshalb die Frage erlaubt sein, was die Berliner SPD aus solchen Auseinandersetzungen eigentlich gewonnen hat, wenn erfahrene und über Berlin hinaus bekannte Persönlichkeiten politisch verschwinden, während die Partei selbst weder stärker noch erfolgreicher noch gesellschaftlich relevanter wird.

Michael Müller ist nicht mehr Mitglied des Deutschen Bundestages, und gleichzeitig ist die Berliner SPD heute weiter von ihrer früheren Stärke entfernt als je zuvor. Das sollte innerhalb einer Partei, die dringend Erfahrung und Erneuerung miteinander verbinden müsste, Anlass zu einer erheblich grundsätzlicheren Selbstkritik sein.

Auch Franziska Giffey's Entwicklung erzählt eine Geschichte

Noch deutlicher wird die politische Entwicklung beim Blick auf **Franziska Giffey**, mit der Sie einst gemeinsam die Berliner SPD als Doppelspitze führten und die damals als eine zentrale Zukunftshoffnung der Sozialdemokratie präsentiert wurde, bevor sie zunächst Regierende Bürgermeisterin wurde, dieses Amt verlor und nun auch ihr Direktmandat verpasst hat.

Eine ehemalige Bundesministerin, ehemalige Regierende Bürgermeisterin und ehemalige Landesvorsitzende verliert ihre parlamentarische Basis, während Sie, Herr Saleh, nach fünfzehn Jahren Fraktionsvorsitz erneut vor der Frage stehen, ob Sie einfach weitermachen.

Michael Müller ist aus dem Bundestag ausgeschieden, **Franziska Giffey** verliert ihr Mandat, die SPD stürzt auf einen historischen Tiefpunkt, und ausgerechnet der Mann, der über all diese Jahre hinweg eine der konstantesten Machtfiguren der Berliner Sozialdemokratie gewesen ist, soll nun möglicherweise erneut erklären, wie der nächste Neuanfang aussehen soll. Genau an diesem Punkt wird es politisch unglaubwürdig.

Ein Neuanfang kann nicht immer wieder von denselben Menschen angekündigt werden, die bereits den vorherigen Neuanfang angekündigt haben.

Die Bundespolitik ist keine Generalentschuldigung

Natürlich wäre es unseriös, den Einfluss der Bundespolitik auf dieses Ergebnis zu leugnen, denn Landtagswahlen finden nicht losgelöst vom bundespolitischen Klima statt, und selbstverständlich beeinflussen die Wahrnehmung der Bundes-SPD, die Arbeit der Bundesregierung und die allgemeine politische Stimmung auch das Wahlverhalten in Berlin. Doch Bundespolitik darf nicht zur Generalentschuldigung für Landespolitiker werden, die seit anderthalb Jahrzehnten Führungsverantwortung tragen.

Sie, Herr Saleh, sind nicht für jedes Problem der SPD verantwortlich, aber Sie tragen genügend Verantwortung, dass ein Ergebnis dieser Größenordnung Konsequenzen für Ihre eigene Position haben muss, denn ansonsten würde politische Verantwortung zu einem Begriff ohne jeden praktischen Inhalt. **Wer fünfzehn Jahre führt, kann nicht nach fünfzehn Jahren Niedergang erklären, dass entscheidende Ursachen immer außerhalb des eigenen Einflussbereichs lagen.**

Wer Macht will, muss Verantwortung tragen

Und Verantwortung bedeutet manchmal, einen Posten aufzugeben, obwohl man möglicherweise noch genügend Unterstützer hätte, um ihn zu behalten.

Die Linke hat nicht nur die Wahl gewonnen – sie hat die SPD politisch bloßgestellt

Besonders bitter ist für die Sozialdemokratie, dass ausgerechnet die Linke als stärkste Kraft aus dieser Wahl hervorgeht, denn damit wird nicht lediglich eine Partei stärker als eine andere, sondern es wird eine fundamentale Schwäche der SPD sichtbar, die über Jahre nicht beantworten konnte, warum Menschen, die soziale, progressive oder linke Politik wollen, ausgerechnet Sozialdemokraten wählen sollten.

Wenn Menschen linke Politik wollen, wählen viele von ihnen das politische Original, das sie mit dieser Position verbinden, genauso wie Parteien in anderen politischen Lagern erleben müssen, dass die bloße Übernahme fremder Themen nicht automatisch dazu führt, deren Wähler zu gewinnen.

Für die SPD bedeutet das, dass sie wieder Sozialdemokratie anbieten muss, anstatt zwischen politischen Lagern nach Themen zu suchen, von denen Strategen gerade glauben, sie könnten kurzfristig Stimmen bringen.

Eine moderne Sozialdemokratie müsste wieder erklären können, wie sie Arbeitnehmer schützt, gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht, Familien entlastet, bezahlbares Wohnen organisiert, einen funktionierenden Staat schafft und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen das Gefühl gibt, dass ihre

Lebensrealität in der Politik tatsächlich vorkommt. Doch eine solche inhaltliche Erneuerung wird kaum glaubwürdig wirken, wenn diejenigen, die die bisherige Entwicklung über viele Jahre maßgeblich begleitet und geprägt haben, anschließend erneut die Führung dieser Erneuerung übernehmen.

Es geht jetzt nicht mehr um Ihre politische Zukunft, sondern um die Zukunft der SPD

Herr Saleh, möglicherweise besitzen Sie auch nach diesem Ergebnis genügend innerparteiliche Unterstützung, um Ihre Position zu verteidigen, möglicherweise können Sie erneut Mehrheiten organisieren und möglicherweise werden Ihnen Weggefährten versichern, dass gerade in schwierigen Zeiten Erfahrung und Kontinuität notwendig seien. Aber genau darin liegt mittlerweile das Problem.

Nach diesem Ergebnis darf nicht entscheidend sein, ob Raed Saleh politisch überleben kann, sondern ob die Berliner SPD politisch überleben kann, wenn sich an ihren Machtstrukturen nichts Grundlegendes verändert.

Wenn eine Partei Wahl für Wahl verliert, wenn frühere politische Schwergewichte verschwinden, wenn ihre gesellschaftliche Bindungskraft schwindet und wenn ihre politische Konkurrenz genau jene Wählerschichten erreicht, die früher selbstverständlich zum sozialdemokratischen Milieu gehörten, während gleichzeitig die Position ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden unangetastet bleibt, entsteht zwangsläufig der Eindruck, dass der Erhalt innerparteilicher Macht inzwischen zuverlässiger funktioniert als der Erhalt gesellschaftlichen Vertrauens. Für eine Partei, die einmal Volkspartei war und Berlin über Jahrzehnte geprägt hat, wäre das ein vernichtender Befund.

Die SPD ist größer als Raed Saleh

Die Berliner SPD gehört weder Ihnen noch irgendeinem Netzwerk, keinem Flügel, keinem Kreisverband und keinem Funktionär, sondern ihren Mitgliedern und politisch betrachtet jenen Menschen, deren Vertrauen sie gewinnen möchte, weshalb niemand innerhalb dieser Partei den Anspruch erheben darf, dass ein bestimmtes Amt auf Dauer mit seiner Person verbunden ist.

Gerade nach einer historischen Niederlage muss eine demokratische Partei beweisen, dass sie größer ist als diejenigen, die ihre Machtstrukturen über Jahre geprägt haben.

Sie braucht jetzt keinen kontrollierten Personalwechsel, bei dem lediglich ein neuer Name präsentiert wird, während dieselben Netzwerke anschließend

ihre Macht behalten, sondern eine tatsächliche Öffnung, in der junge Sozialdemokraten ebenso eine Chance erhalten wie erfahrene Persönlichkeiten, in der politische Kompetenz wieder wichtiger wird als Flügelzugehörigkeit und in der nicht zuerst danach gefragt wird, wer zu wem gehört, sondern wofür jemand politisch steht. Dazu gehört zwangsläufig, dass Menschen Platz machen. Und nach fünfzehn Jahren Fraktionsvorsitz beginnt diese Verantwortung bei Ihnen.

Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen

Deshalb ist dieser offene Brief keine persönliche Abrechnung mit **Raed Saleh** und auch kein Versuch, einem einzelnen Politiker sämtliche Probleme einer mehr als 160 Jahre alten Partei zuzuschreiben, sondern die Forderung nach einer politischen Konsequenz, die nach diesem Wahlergebnis kaum noch vermeidbar erscheint.

Herr Saleh, treten Sie als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nicht erneut an.

Machen Sie diesen Schritt nicht erst dann, wenn irgendwann die Mehrheiten innerhalb Ihrer Fraktion verschwunden sind, sondern gerade jetzt, wo Sie möglicherweise noch genügend Unterstützer besitzen, denn freiwilliger Machtverzicht wäre in dieser Situation ein wesentlich stärkeres Zeichen politischer Verantwortung als der Versuch, auch diese Niederlage innerparteilich zu überstehen.

Sie hatten fünfzehn Jahre Zeit, Ihre politischen Vorstellungen umzusetzen, Sie hatten Einfluss, Macht, Netzwerke, Gestaltungsmöglichkeiten und eine Position, von der viele Politiker während ihrer gesamten Laufbahn nur träumen können, und deshalb wäre es nach diesem Ergebnis unangemessen, so zu tun, als müsse ausgerechnet das sechzehnte Jahr Ihrer Amtszeit nun endlich jene grundlegende Erneuerung bringen, die in den fünfzehn Jahren zuvor nicht gelungen ist.

Ein Verzicht würde nicht sämtliche Probleme der SPD lösen, denn dafür sind die Ursachen ihres Niedergangs viel zu komplex, aber Ihr Verbleib würde einen glaubwürdigen Neuanfang erheblich erschweren, weil jede Erzählung von Veränderung hohl klingt, wenn an einer der wichtigsten Machtpositionen der Berliner Sozialdemokratie ausgerechnet der Mann sitzen bleibt, der diese Position seit 2011 innehat.

Berlin hat gewählt, die Linke hat gewonnen und **Elif Eralp** steht nach diesem Wahlerfolg vor der realistischen Möglichkeit, die nächste Regierende Bürgermeisterin dieser Stadt zu werden, während die SPD gezwungen ist, sich mit einer historischen Niederlage

und der wesentlich unangenehmeren Frage auseinanderzusetzen, wie viel ihres Niedergangs tatsächlich von jenen politischen Strukturen verursacht oder zumindest begleitet wurde, die sie nun erneut retten sollen.

Eine Partei kann lange von ihrer Geschichte leben, doch keine Partei besitzt ein historisches Anrecht darauf, dauerhaft eine bedeutende politische Kraft zu bleiben, und wer glaubt, die große sozialdemokratische Vergangenheit Berlins werde auch in Zukunft genügend Menschen davon überzeugen, ihr Kreuz bei der SPD zu machen, hat möglicherweise noch immer nicht verstanden, wie ernst die Lage inzwischen geworden ist.

Die Berliner SPD hat noch die Möglichkeit, sich zu erneuern, ihre politischen Wurzeln neu zu definieren, Erfahrung mit einer neuen Generation zu verbinden und wieder zu einer Partei zu werden, die gesellschaftliche Mehrheiten organisiert, anstatt vor allem die eigenen innerparteilichen Mehrheiten zu verwalten.

Dafür muss sie jedoch bereit sein, sich von Machtstrukturen zu lösen, die über viele Jahre entstanden sind und deren personelle Verkörperung wie kaum jemand anderes **Raed Saleh** geworden ist. Deshalb lautet die Forderung nach diesem Wahlabend nicht, dass **Raed Saleh** über einen Rücktritt nachdenken sollte, dass er seine Position zur Diskussion stellen könnte oder dass irgendwann über einen geordneten Übergang gesprochen werden müsste. Die Forderung lautet: Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen.

Nicht weil der Verzicht auf das Amt die SPD automatisch retten würde, sondern weil eine Partei, die nach einem historischen Absturz selbst an einer seit fünfzehn Jahren unveränderten Schlüsselposition keinerlei Konsequenzen zieht, den Begriff des Neuanfangs nicht mehr glaubwürdig verwenden kann.

Es geht nicht mehr darum, ob Sie Ihre Macht noch einmal sichern können. Es geht darum, ob Ihre Partei endlich bereit ist, sich von der Vorstellung zu lösen, dass der Erhalt Ihrer Macht mit dem Erhalt der Berliner Sozialdemokratie identisch sei. Das ist er nicht. Die SPD ist größer als **Raed Saleh** – und jetzt muss sie es beweisen.

Anmerkungen:

*Nicht nur **Franziska Giffey** ist raus, sondern auch so profilierte Abgeordnete wie **Melanie Kühnemann-Grunow** und **Sebastian Schlüsselburg**. Auch **Michael Biel** hat es nicht geschafft. Die SPD holte nur ein Direktmandat, 21 ziehen über die Liste ein, darunter **Raed Saleh** und **Steffen Krach**.*